Gemeinde Holm

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 545/2015/HO/BV

Fachteam:	Kommunikations- und Strukturmanagement	Datum:	17.06.2015
Bearbeiter:	Frank Wulff	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Gemeindevertretung Holm	02.07.2015	öffentlich

Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Holm

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Die letztmalige Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Holm erfolgte im Jahre 2003. Zwischenzeitlich gab es durch Nachtragssatzungen nur vereinzelte Anpassungen. Aufgrund einiger wesentlicher Änderungen im Kommunalrecht wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, eine Neufassung der Hauptsatzung zu beschließen, um einen einwandfreien rechtlichen Stand zu erreichen.

Die erste wesentliche Änderung betrifft § 2 Abs. 2. Hier geht es um die Entscheidungsbefugnisse des Bürgermeisters.

Durch die 4. Nachtragssatzung zur Hauptsatzung war das Aufgabengebiet des Bauausschusses wie folgt angepasst worden: „Hoch- und Tiefbau, Bauleitplanung, Siedlungs- und Verkehrsfragen. Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gem. § 36 Abs. 1 BauGB für Vorhaben nach §§ 31, 35 BauGB (Wenn durch Ablauf eine Verfristung droht, kann die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister im Einzelfall das gemeindliche Einvernehmen bei Vorhaben nach den §§ 31, 35 BauGB erteilen. Hierüber ist der Bauausschuss in der nächsten Sitzung zu informieren).“
Dieses Entscheidungsrecht im Falle einer Verfristung wurde mit unter der Ziffer 10. aufgenommen.

Weiter wurde bei in § 2 Abs. 2 unter Ziffer 9. die abschließende Entscheidung über das gemeindliche Einvernehmen gem. § 36 Abs. 1 BauGB für Vorhaben nach den §§ 33 und 34 BauGB eingefügt. Bei Vorhaben, die planungsrechtlich Einfluss auf die Gemeinde haben, hat sich der Bürgermeister im Vorwege die Zustimmung des Bauausschusses einzuholen.

In § 33 BauGB ist die Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung geregelt. § 34 BauGB behandelt die Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile. In beiden Verfahrensarten wird bereits nach der vorgenannten Formulierung gehandelt. Die neue Regelung in der Hauptsatzung dient so-

mit zur rechtlichen Festsetzung gemeindlicherseits.

§ 4 -Ständige Ausschüsse-: Der bisherige Absatz 4, der die Regelung enthielt, dass der Finanzausschuss, der Bauausschuss sowie der Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung nichtöffentlich tagen, entfällt. Gemäß § 46 Abs. 8 GO tagen alle Ausschüsse öffentlich.

§ 6 -Einwohnerversammlung-: Es besteht keine Pflicht zur Einberufung einer Einwohnerversammlung mehr.

§ 8 -Verträge mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern-: Dieser § wurde um die Mitglieder der Ausschüsse erweitert, da die Gemeindevertretung auch mit Ihnen Verträge abschließen kann und somit die Folgen entsprechend gelten.

§ 11 -Verarbeitung personenbezogener Daten-: Hier wurde die gesetzliche Grundlage aus dem Landesdatenschutzgesetz berichtigt.

Finanzierung:

In der Neufassung der Hauptsatzung sind gegenüber der jetzigen Fassung keine Wertgrenzen verändert worden.

Fördermittel durch Dritte: -/-

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Holm.

Rißler

Anlagen: Entwurf der Neufassung der Hauptsatzung